



<https://verdi-bub.de/seminar/3188>

## Themenplan

# Arbeiten 4.0: E-Government-Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung

## Beteiligungsrechte und Handlungsmöglichkeiten des Personalrats

Überblick: Gesetzliche Grundlagen, Rahmenbedingungen und Grundsätze des Datenschutzes zur Nutzbarkeit von E-Government-Angeboten

Rechtliche Rahmenbedingungen des Datenschutzes: Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder – Inhalte und Begriffsdefinitionen

Überblick über die Regelungen des E-Government-Gesetzes und Änderungen in anderen damit verbundenen Gesetzen

Umsetzungsverpflichtungen der Bundes-/Landes-/Kommunalbehörden aus dem Gesetz

Regelungsanforderungen nach dem Bundesdatenschutzgesetz und den einschlägigen Landesdatenschutzgesetzen

Beispiele des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnik: Welche Technik/Software? Welche Anbieter/ Ausschreibungsverfahren etc.?

Auswirkungen auf die Beschäftigten (z.B. auf die Arbeitsabläufe, Arbeitsbedingungen, Tätigkeiten, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Arbeitsplatz – datenschutzgerechte Arbeitsplätze)

Personalentwicklung – u.a. Qualifizierung von Beschäftigten in der Nutzung neuer technischer Systeme, Arbeitsabläufe

Zulässigkeit und Grenzen von Verhaltens- und Leistungskontrollen – Beweisverwertungsverbote

Personelle Konsequenzen

Überblick: Digitaler Arbeits- und Gesundheitsschutz (z.B. Unterweisung in neue Technik, ergonomiegerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen, Aktualisierung von Gefährdungsbeurteilungen und Maßnahmen)

Darstellung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte des Personalrats beim betrieblichen Datenschutz

Ziele der gesetzlichen Interessenvertretung (Schutz der Beschäftigten vor Missbrauch von Daten bzw. vor Verhaltens- und Leistungskontrolle sowie vor möglichen Folgen des E-Governments, z.B. weitere Privatisierung)

Erarbeitung von Eckpunkten einer Rahmen-/Musterdienstvereinbarung